

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408
Telefon: (0228) 219038/39
Telex 0888848 spbr d

Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, stellt fest, daß Strauß verbal Amok läuft, während Kohl schweigt: In bedrohlicher Weise unberechenbar.

Seite 1

Egon Lutz MdB nennt das Jahr 1983, das Jahr der Kohl'schen Redlichkeiten: Aufschwung, Lehrstellen, Renten und Raketen.

Seite 2

Horst Seefeld MdEP macht auf Beachtenswertes aus Brüssel aufmerksam: Erstmals EP-Plenum, Sonder-sitzung, ARD-Sondersen-dung.

Seite 3

Karsten D. Voigt MdB stellt fest, daß die au-ßenpolitische Wende das Fürchten lehrt: Führungs-loses Staatsschiff.

Seite 5

Dokumentation

Bernt Engelmann auf dem Berliner Friedentreffen der Schriftsteller: Die Überlegenheit des Metzgers über das Huhn.

Seite 6

38. Jahrgang / 78

26. April 1983

In bedrohlicher Weise unberechenbar

Strauß läuft verbal Amok und Kohl schweigt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Bundeskanzler Kohl ist aufgefordert, unverzüglich klarzu-stellen, welche Deutschlandpolitik seine Regierung eigent-lich verfolgt. Es geht nicht an, daß der Regierungschef wort- und tatenlos zusieht, wie Franz Josef Strauß verbal Amok läuft. Dieser zerstört mutwillig den seit dem Grund-lagenvertrag unter den Bundeskanzlern Brandt und Schmidt erreichten Stand der Beziehungen zwischen den beiden deut-schen Staaten.

Die "Wende", die Strauß hier anstrebt, ist nichts anderes als der Rückfall in den kalten Krieg und die rücksichtslose Gefährdung menschlicher Erleichterungen für Millionen von Bürgern in der DDR und in Berlin. Es besteht sogar der Ver-dacht, daß Strauß auf diese Weise die von ihm propagierte psychologische Vorbereitung der Raketenstationierung voran-treiben will.

Der Vorgang zeigt im übrigen, daß sich die Koalition auf wichtigen Feldern der Politik nicht auf konkrete Inhalte verständigt, sondern alles dem Machtkampf zwischen den Be-teiligten überlassen hat. Damit wird die deutsche Politik in bedrohlicher Weise unberechenbar. Immer deutlicher tritt zutage, daß allgemeine Redensarten nur vorübergehend über den Mangel an politischer Substanz hinwegtäuschen können. Kohl muß jetzt Klarheit schaffen. (-/26.4.1983/ks/ca)

+ + +

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Verantwortlich für den Inhalt:
Helmut G. Schmidt
Sozialdemokratischer
Pressedienst



Aufschwung, Lehrstellen, Renten und Raketen

1983, das Jahr der Kohl'schen Redlichkeiten

Von Egon Lutz MdB

Wenn in diesen Tagen Helmut Kohl letzte Hand an seine längst überfällige Regierungserklärung legen läßt, sollte dem Kanzler bewußt sein, daß er mit derselben das Jahr der Kohl'schen Redlichkeiten - und als solches wird 1983 in den Bonner Annalen der-einst geführt werden - letztlich besiegelt. Der Redlichkeiten sind gar viele, reihen wir nur einige aneinander.

Da ist zuerst die Aufschwungs-Redlichkeit. Sie datiert aus dem Wahlkampf, soll aber sicherem Vernehmen nach mit der Regierungserklärung in eine neue zeitliche Dimension gehoben werden. Nach dem Motto: der Aufschwung kommt ... irgendwann.

Da ist zweitens die Lehrstellen-Redlichkeit. Wie der Kanzler an alle die schreiben ließ, die sich darauf verlassen haben, ist das eigentlich auch nur eine Frage der Geduld, des Vertrauens und des Hoffens. Und wer dann immer noch keinen Ausbildungsplatz hat, dem ist schon allein deshalb nicht zu helfen, weil er zu wenig vertraute, hoffte und geduldig war.

Da ist drittens die Renten-Redlichkeit. Sie besteht darin, daß den Rentnern verheißen worden war, sie würden auch in Zukunft ihre Alters-Einkommen wenigstens im Gleichklang mit den Realeinkommen der Aktiven alljährlich pünktlich erhöht bekommen. Nun wird das zwar 1983 nicht und 1984 überhaupt nicht der Fall sein. Aber wer diese Redlichkeit zu gering achtet, der rechnet zu viel und glaubt zu wenig.

Da ist viertens die Zwangsanleihen-Redlichkeit, also das Versprechen, auch die begüterten Schichten durch eine nicht rückzahlbare Anleihe an der Konsolidierungsaufgabe zu beteiligen. Da diese Redlichkeit vom Kanzler selbst außer Verkehr gezogen worden ist, sind samt und sonders alle jene Schufte, die ein über den Tag hinausreichendes Gedächtnis haben.

Schließlich als fünfte, geradezu himmelstürmende, Erscheinung die Raketen-Redlichkeit. Jene Kundmachung Kohls also, daß er nach wie vor mit seinem Freund Reagan eine Null-Lösung in Europa anstrebe. Selbige Redlichkeit wird spätestens mit dem Aufstellen der neuen Mittelstrecken-Raketengeneration den Standard Kohl'scher Redlichkeiten erreicht haben. Also im Spätherbst.

Aber vielleicht hat das alles gar nichts mit Redlichkeiten und Unredlichkeiten zu tun, sondern mit der Einfältigkeit des Bundeskanzlers. Solches darf man gar nicht denken. Diese Republik zahlt ihren Kanzlern und Ministern zu gute Gehälter - die Ausrede zieht also nicht. Bleibt's also bei den Redlichkeiten. Von Kohl über Genscher zu Zimmermann - und schon schließt sich der Kreis.
(-/25.4.1983/ks/ca)

+ + +



Beachtenswertes aus Brüssel

Erstmals: EP-Plenum, Sondersitzung, ARD-Sondersendung

Von Horst Seefeld MdEP

Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament erlebt in dieser Woche in mancherlei Hinsicht Beachtenswertes:

- Erstmals tagt das Plenum des direktgewählten Parlaments in Brüssel, wo bisher ausschließlich Fraktions- und Ausschusssitzungen stattgefunden haben.
- Erstmals unterstreichen die Parlamentarier auch mit einer Sondersitzung, die ausschließlich der Beschäftigungspolitik gewidmet ist, Ihre Sorgen um die anhaltende Arbeitslosigkeit in den zehn Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft.
- Erstmals widmet eine europäische Fernsehanstalt, die ARD, diesem Ereignis am Mittwoch von 10.00 bis 13.00 Uhr eine dreistündige Direktübertragung.

Vieles von dem, was in den Ausschüssen des Parlaments für diese Sondersitzung vorbereitet und vorformuliert wurde, trägt deutlich Gesichtspunkten Rechnung, die die Sozialdemokraten und Sozialisten sowohl in der Bundesrepublik als auch international in die Debatte zur Überwindung der Beschäftigungskrise eingebracht haben. Sie fanden damit die Unterstützung von Abgeordneten anderer Parteien, denen die Untätigkeit der Regierungen zur schweren Hypothek ihrer Glaubwürdigkeit zu werden droht.

Der Mittwoch wird eingeleitet durch einen Bericht, den der griechische EYP-Abgeordnete Papafestrationiou verfaßt hat. Seine Kernforderung - wer fühlt sich da nicht an Hans-Jochen Vogels Forderungen erinnert? - ist ein europäischer Beschäftigungspakt, der alle Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Aktion in der Sozial-, Ausbildungs-, Regional-, Forschungs- und Entwicklungspolitik sowie Industriepolitik verpflichten will. Dieser Pakt soll in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und in Konsultationen mit dem EP erarbeitet und von Sofortmaßnahmen zum Stopp und Abbau der Arbeitslosigkeit begleitet werden. Er soll private und öffentliche Investitionen fördern und die nationalen Rahmenbedingungen sowie die Investitionsbereitschaft verbessern. Besonders hervorgehoben und empfohlen werden Investitionen zur Energieeinsparung und für alternative Energiequellen. Zugleich wird auf die Rolle der kleineren und mittleren Betriebe bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze hingewiesen. Schließlich sollen Mittel aus den verschiedenen EG-Entwicklungsfonds für Investitionen verwendet werden, die ausschließlich der Schaffung von Arbeitsplätzen und nicht der Umstrukturierung, durch die Arbeitsplätze vernichtet werden, dienen.

Weitere Aussagen werden zur Mitbestimmung, sozialen Sicherheit, Neugestaltung der Arbeitszeit, Berufsausbildung, technologischen Zusammenarbeit, zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialpolitik, der Verwirklichung des Binnenmarktes und den Klein- sowie Mittelbetrieben, dem Handwerk und den Genossenschaften getroffen.

Viel Aufmerksamkeit verdient auch der Bericht der SPD-Europaabgeordneten Heinke Salisch über Probleme der Jugendarbeitslosigkeit. Der Ausschuß hat in dem Dokument festgestellt, daß die Mitgliedstaaten eine gerütteltes Maß an Mitschuld an der schlech-



ten Beschäftigungslage Jugendlicher haben. Die Regierungen hätten nicht rechtzeitig oder nicht richtig auf die Herausforderungen der neuen technischen Möglichkeiten in der Produktion und Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen reagiert. Als besonders böses Beispiel wird der Einsatz der Mikroelektronik dargestellt. Deutlich wird der Ausschuß auch gegenüber der Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie, die der Ministerrat 1982 den Schulabgängern und Jugendlichen unter 25 Jahren gegeben hat. Den schönen Worten sind - auch hier ist der Vergleich mit dem Kohl-Versprecher in der Bundesrepublik angezeigt - keine Taten gefolgt. Deshalb fordert der Ausschuß, die Mittel des Sozialfonds, aus dem Projekte für die Jugendlichen gefördert werden, 1984 zu verdoppeln und die Projekte zügiger abzuwickeln sowie effektiver zu kontrollieren.

Der italienische Kommunist Ceravolo ist der Verfasser eines sehr instruktiven Berichts über die Verkürzung und Neugestaltung der Arbeitszeit, der sich auf eine Arbeit der EG-Kommission stützt, in dem eine Globalstrategie für die Wiederbelebung der Wirtschaft mit diesem Forderungskatalog verbunden wird. Nach Auffassung des Ausschusses muß die Verkürzung der Arbeitszeit kurzfristig und entschlossen angegangen werden, sollen die gewünschten Auswirkungen bald auf dem Arbeitsmarkt sichtbar werden. Als Maßnahmen kommen eine erhebliche Senkung der täglichen, wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeit wie auch der Lebensarbeitszeit in Betracht. Der Ausschuß fordert, auch den geänderten Rollen von Mann und Frau im Berufsleben Rechnung zu tragen. Der Ministerrat wird aufgerufen, umgehend eine konkrete Initiative in dieser Richtung zu ergreifen.

Weitere Berichte, die das Parlament beschäftigen werden, befassen sich mit der Wettbewerbsfähigkeit der gemeinschaftlichen Industrie, der Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten in den weniger begünstigten Regionen sowie Verkehrsprojekten im Dienste der Beschäftigung.

Diese Vorschau wäre unvollständig, wenn man nicht gebührend hervorheben würde, in welcher vorbildlicher Weise diesmal die ARD den Europagedanken fördert. Eine dreistündige Direktübertragung aus dem Plenum des Europäischen Parlaments; das hat es noch nicht gegeben! Das Ganze soll außerdem mit Interview und informativen Filmen angereichert werden. Das Experiment verdient jedenfalls Vorschußlorbeeren und wärmste Empfehlung. Ohne Zweifel ist das Zustandekommen dieser Sondersendung dadurch begünstigt worden, daß mit der Bestellung von Carl Weiss zum neuen Leiter des ARD-Studios in Brüssel ein Journalist seine Ideen in die neue Tätigkeit einbringt, der in Europa viele Erfahrungen sammeln konnte. Ihm ist für seine Tätigkeit in Brüssel viel Erfolg zu wünschen. Das Europäische Parlament und die übrigen europäischen Institutionen können von diesem Engagement nur profitieren. (-/25.4.1983/eu/ca)

+ + +



Führungsloses Staatsschiff

Die außenpolitische Wende lehrt das Fürchten

Von Karsten D. Voigt MdB

Die konservative Koalition in Bonn bietet zur Zeit ein besorgniserregendes Bild. Das Wendemannöver der Regierung Kohl/Genscher soll weitergeführt werden, aber im Moment treibt das Staatsschiff führungslos: Kapitän, I. Offizier und Steuermann raufen sich auf der Brücke lautstark um den künftigen Kurs; eingemischt hat sich außerdem der Kapitän des vorausfahrenden Schiffes mit der Aufforderung, ihm in Kiellinie zu folgen.

Wie verheerend sich dies auf das außenpolitische Erscheinungsbild der Bundesrepublik Deutschland auswirkt, zeigt sich in diesen Tagen an drei Beispielen:

- CDU, FDP und CSU streiten sich darüber, ob der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker nun in die Bundesrepublik eingeladen werden soll oder nicht.
- Im südlichen Afrika ist bereits den ersten Wendebewegungen der kenntnisreiche und engagierte Botschafter Eickhoff zum Opfer gefallen, jetzt soll auf das sogenannte "konstruktive Engagement" der Reagan-Administration eingeschwenkt werden - das heißt Annäherung an die südafrikanische Politik, ausscheren aus dem bisherigen Konzept der Namibia-"Kontaktgruppe", die im Auftrag der Vereinten Nationen an einem friedlichen Übergang Namibias in eine international akzeptierte Unabhängigkeit mitarbeiten soll, abwenden von den "Konflikttrandstaaten", die selbst unter der wirtschaftlichen und militärischen Aggression Südafrikas zu leiden haben.
- Nach dem Willen Washingtons soll die Bundesregierung ihre ohnehin schon erheblich eingeschränkte entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der nicaraguanischen Regierung einstellen, deren Sturz zur Zeit von der Reagan-Administration mitbetrieben wird.

Wohin wir blicken, treffen wir auf ein Anwachsen von Spannungen. Die Bundesregierung setzt diesem Trend keine aktive Politik entgegen. Sie ist drauf und dran, durch die Führungsschwäche des Bundeskanzlers, durch Konzeptionslosigkeit und blinde Gefolgstreue gegenüber der Reagan-Administration die Fortschritte zu verspielen, die sozialdemokratisch geführte Bundesregierungen in über dreizehnjähriger Arbeit erreicht haben. Dem Schaden, den dies für die Interessen unseres Landes bedeutet, kann nur mit Sorge entgegengesehen werden. (-/25.4.1983/ks/wk)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf dem Berliner Friedenstreffen der Schriftsteller hat der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes in der IG-Druck und Papier, Bernt Engelmann, folgende Ausführungen gemacht:

Die Überlegenheit des Metzgers über das Huhn

Wir rasen bereits der Katastrophe entgegen und sind doch bislang nicht mehr als - wie Oskar Lafontaine es präzise beschrieben hat - "apathische Voyeure des eigenen Untergangs... Die Pershing II-Rakete ist die Option auf den eigenen Selbstmord".

Diese 108 Pershing II-Raketen, die bei uns in Westdeutschland, nirgendwo sonst, stationiert werden sollen, sind zum nuklearen Erstschlag bestimmt. Sie sollen die Sowjetunion enthaupten. "Es geht dabei nicht darum, ein Gleichgewicht oder ein Gegengewicht zur sowjetischen SS-20 zu schaffen", vielmehr sollen die Pershings sowie 464 Cruise Missiles in Europa stationiert werden, "gleichgültig, ob die sowjetische SS-20-Stationierung auf Null reduziert wird oder nicht". Diese Behauptung stammt übrigens nicht von mir. Ich habe Colin S. Gray zitiert, Reagans militärischen Vordenker und Chefberater, aus dem 'Air Force Magazine' 3/82. Von Colin S. Gray stammt auch das folgende Zitat: "Von der Sowjetregierung sprechen, heißt von einem bestimmten Zielkatalog sprechen... Nehmen wir an, es handelt sich um 100 Ziele... Wenn wir alle diese 100 Ziele treffen könnten, würden wir jedes Mitglied des Politbüros erwischen, jedes Mitglied des Zentralkomitees (ZK). Wir würden alle entscheidend wichtigen Bürokraten töten. Wir würden also dem sowjetischen Huhn den Kopf abschneiden..."

Soweit Reagans Atomstrategie, den der Präsident, der um den Frieden bangenden Menschheit zum Hohn, erst kürzlich zum Abrüstungsberater ernannt hat. Was die von Mr. Gray vorgeschlagene Köpfung des sowjetischen Huhns betrifft, so hat sein Vorschlag viele fasziniert, die von glühendem Haß auf alles, was ihnen rot dünkt, so verblendet sind, daß sie ihr eigenes Risiko nicht erkennen. Denn dieses Risiko liegt vornehmlich - das wiederum ist das Faszinierende dieser Idee für Mr. Gray und seinen Chef - nicht bei den USA, unserer westlichen Schutzmacht, sondern bei den Mitteleuropäern, bei uns, den Bewohnern des zur nuklearen Apokalypse ausersehenen Kriegstheaters, und zwar gleichgültig, wo das Sarajewo oder Danzig des nächsten Weltkriegs sich gerade findet, ob am Persischen Golf oder in Angola. Es geht der derzeitigen Washingtoner Administration eindeutig nicht mehr um Verteidigungsfähigkeit, auch nicht um Abschreckung oder um die Wahrung eines Gleichgewichts des Schreckens. Sie will Überlegenheit, die Überlegenheit des Metzgers über das Huhn.



Die Pflicht der Regierung des Landes, aus dem ich komme, wäre es, ihre Schutzmacht an die Unvereinbarkeit ihrer neuen Strategie mit dem NATO-Vertrag zu erinnern, ihr die Folgen eines in Mitteleuropa geführten Atomkriegs auszumalen und, sollten alle Vorstellungen nichts fruchten, die allein noch möglichen Konsequenzen zu ziehen, getreu ihrem Eid auf das Grundgesetz, das in Artikel 1 die Unverletzbarkeit der Menschenwürde zum obersten Verfassungsgebot erhebt und in Artikel 26 jede Vorbereitung von Angriffskriegen verbietet. Da die derzeitige Bonner Administration dies nicht tut, sondern den wahnwitzigen Plänen der Herren Reagan, Weinberger und Clay auch noch Beifall spendet, bleibt uns nur noch Übrige, - ich zitiere - "von Wahrheiten auszugehen, die uns ohne weitere Begründung einleuchtend scheinen: Die Natur und ihr Schöpfer haben den Menschen mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet. Zu ihnen gehören Leben, Freiheit und das Streben nach Glückserfüllung. Sinn staatlicher Institutionen ist es, den Freiraum für diese Rechte sicherzustellen. Ist dies nicht mehr gewährleistet oder wirken sich die bisherigen staatlichen Verhältnisse sogar zerstörerisch auf sie aus, so ist es das Recht und die Pflicht des Volkes, sie durch neue staatliche Verhältnisse zu ersetzen. Dies ist die Situation, vor der wir stehen. Die bisherigen Bindungen und Verhältnisse steuern konsequent auf die Entfaltung und Konsolidierung eines unentrinnbaren Systems zu..."

Ende des Zitats der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776, deren Konsequenzen ich als bekannt voraussetze. Es gibt keine andere Wahl, wenn wir den Teufelskreis durchbrechen und unseren Untergang noch verhindern wollen: Wir müssen uns im Bündnis mit allen Menschen dieser Erde, die guten Willens sind, nicht zuletzt im Bündnis mit der mächtigen Friedensbewegung der USA, vom Wahnsinn lossagen, uns unabhängig machen, alle Angriffswaffen verschrotten und unsere Länder zu Zonen des Friedens erklären, die niemanden bedrohen und von keinem bedroht werden dürfen.

Eine Utopie? Gewiß, aber diese Utopie ist zugleich unsere einzige und letzte Chance.

(~/25.4.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

